

## Versorgungskrise durch SED-Politik

Ernte hätte ausreichen müssen — Unzureichende Erklärungen

Am 10. März fand in Ostberlin eine Ministerratssitzung statt, die sich mit der zugespitzten Versorgungslage befassen mußte. Ursache waren die aus allen Teilen der Zone einlaufenden Alarmmeldungen über eine unvorhergesehene Verknappung zahlreicher Lebensmittel und Gebrauchsartikel. In dem Kommuniqué wurde dann zwar der Mangel zugegeben, aber zugleich behauptet, alle „Gerüchte“ über eine Verknappung der Grundnahrungsmittel seien eine „Lüge westlicher Fälscherzentralen“. Gleichzeitig wurde eine Erklärung über „neue Schritte zur Entwicklung der Landwirtschaft“ gegeben, die nunmehr auch das Ende des „Neuen Kurses“ auf dem Land bedeutet.

Die SED verschweigt dabei die wirklichen Ursachen der gegenwärtigen Versorgungskrise und spricht von der „Erschließung neuer Möglichkeiten und Reserven in der Landwirtschaft“. Der groß verkündete Plan, nach dem 1955 mehr als 50 000 t Getreide über den bisherigen Plan hinaus produziert, 45 000 t Schlachtvieh und mehr als 800 000 t Futter- und Hackfrüchte zusätzlich von den Bauern abgeliefert werden sollen, ist völlig unreal. Auf jeden Fall kann er den augenblicklichen Mangel bis zur nächsten Ernte nicht bessern.

### Ablenkungsmanöver

Es fehlen bis dahin für die Versorgung 200 000 t Getreide, 90 000 t Fleisch und 30 000 t Butter. Wie dieser Bedarf gedeckt werden soll, weiß bisher niemand. Aber man möchte mit dem neuen „Landwirtschafts-Plan“ darüber hinwegtäuschen, daß die Versorgungskrise nur die Folge der SED-Politik ist. Denn: Was die Landwirtschaft der Zone an Erzeugnissen abgeliefert hat, müßte für die Versorgung bis zum Herbst ausreichen.

Warum gibt es trotzdem kein Fleisch? Weil das Ministerium für Handel und Versorgung den Befehl bekam, plötzlich die Staatsreserven aufzufüllen und noch neue anzulegen.

Warum gibt es in vielen Orten nicht ausreichend Mehl? Weil die Sowjetunion hier ebenfalls darauf gedrungen hat, daß aus den Lieferungen des ersten Quartals 1955 erst einmal die Staatsreserven aufgefüllt werden, die von der SED planlos verwirft worden waren. Außerdem sind große Mengen des in der Sollerfüllungsschleife viel zu früh gedroschenen Getreides in den Speichern der VEAB verdorben. Jetzt treibt man bei den Bauern alle Getreidesoll-Rückstände ein ohne Rücksicht selbst darauf, ob genügend Futtergetreide bleibt.

Der Ministerratsbericht spricht verschämt von „geringfügigen Änderungen bei der Belieferung einiger Produkte im laufenden Jahr“. Das heißt: Die Brotkarte ist in nahe Sicht gerückt!

### Stahl statt Zucker

Warum gibt es keinen Zucker? Weil die SED noch im vergangenen November entgegen den Warnungen leitender Versorgungsfunktionäre industrielle Lieferschulden an Polen mit völlig ungerechtfertigten Zucker-Exporten bezahlen wollte.

Die SED hat sogar noch im Februar (!) einem skandinavischen Land größere Zucker-Exporte angeboten, um eine ganz bestimmte Stahlerzeugung für schwerindustrielle Zwecke zu erhalten!

Und gleichzeitig wagt man, den Ausbau der Schwerindustrie wieder als das wichtigste Wirtschaftsziel zu proklamieren.

### Neue Verordnungen

Eine Fülle von Verordnungen wird in diesen Tagen stillschweigend in Kraft gesetzt. Der Fettgehalt der Milch wird von 2,5 auf 2 Prozent gesenkt; der Wassergehalt der Butter von 20 auf 24 Prozent heraufgesetzt. Die Qualität des Werkküchenessens soll um 50 Prozent vermindert werden.

Auf der Ministerratssitzung wurde ein Ausschuß unter dem Vorsitz des ehemaligen Landwirtschaftsministers Goldenbaum (SED) gebildet, der „geeignete Beschlüsse zur Sicherstellung der Volksernährung“ fassen soll. Wie in der Tschechoslowakei wird man wahrscheinlich angebliche „Spekulation und Hamsterei“ als Vorwand benutzen, um Erscheinungen der ersten Nachkriegsjahre in den Alltag zurückzurufen.

### Wird gehamstert?

Wird tatsächlich gehamstert? Niemand kann es der Bevölkerung verargen, wenn sie angesichts solcher Entwicklung die Familienernährung wenigstens auf ein bis zwei Wochen sichert. Wo kein Mangel ist, wird niemand an den Gedanken kommen, zu hamstern.

Die Versorgungskrise in der Zone ist nicht eine Folge angeblicher Hamsterei, wie die SED es hinstellen möchte, sondern Angstkäufe der Bevölkerung hier und dort, sind die Folge des offensichtlichen Mangels!

Wie die Regierung bei solcher Sachlage die Bevölkerung noch weiter belügen will, ist nicht klar. Fest steht, daß hier mit ausweichenden Erklärungen nichts mehr zu retten ist.



## Rätsel oder neue Chance

DT. Rund acht Jahre hindurch wurde bisher über den Abschluß des Staatsvertrages verhandelt, den die vier Mächte auf Grund feierlicher Verpflichtung Österreich schulden. Zuletzt trennte man sich ohne jedes Ergebnis auf der Berliner Konferenz. Das war vor rund einem Jahr. Nun ist plötzlich die Österreich-Frage wieder in Bewegung geraten.

Während es bisher stets die Westmächte waren, die mit großer Dringlichkeit den Abschluß des Staatsvertrages forderten, hat jetzt Moskau eine Initiative von allerdings noch unklarer Bedeutung ergriffen. Sie liegt darin, daß Molotow in seiner Rede vor dem Obersten Sowjet am 8. Februar den sowjetischen Standpunkt einer gewissen Revision unterzogen, Gespräche mit dem österreichischen Botschafter in Moskau geführt, und in einer soeben veröffentlichten Erklärung die Möglichkeit erfolgreicher Verhandlungen angedeutet hat.

### Flucht in neue Schwierigkeiten

Noch auf der Berliner Konferenz war die sowjetische Haltung so, daß ein Einvernehmen der vier Mächte über den Staatsvertrag mit absoluter Sicherheit scheitern mußte. Als die Westmächte schließlich die noch umstrittenen Artikel des Staatsvertrages in der sowjetischen Fassung akzeptiert hatten, so daß einer Unterzeichnung nichts mehr im Wege stand, trat Molotow plötzlich vor der „Gefahr“ einer Einigung die Flucht in neue Schwierigkeiten an. Er verknüpfte die Österreich-Frage mit der Triest-Frage, die beide nicht das geringste miteinander zu tun haben. Er verlangte die Einigung einer bisher nie erörterten Klausel in dem Staatsvertrag, die Österreich die Bündnisfreiheit untersagen sollte. Ferner sollte das Verbot fremder Militärstützpunkte formell in den Staatsvertrag aufgenommen werden.

Molotow forderte außerdem weitere Sicherungen gegen eine Wiederholung des Anschlusses Österreichs an Deutschland, ob-

wohl solche Sicherungen im Staatsvertrag bereits enthalten waren. Er forderte ferner, daß die Truppen der vier Mächte entgegen den bisherigen Vereinbarungen Österreich erst nach dem Friedensvertrag mit Deutschland verlassen sollten.

Die Westmächte mußten selbstverständlich jede Verknüpfung des österreichischen Staatsvertrages mit anderen Problemen ablehnen; denn dieser Vertrag ist ein völlig selbständiger, mit keiner fremden Frage verquickter Anspruch Österreichs. Selbstverständlich konnten sie auch keine österreichisch diskriminierende Bestimmung im Staatsvertrag annehmen, am allerwenigsten die Fortdauer der Besetzung. Hierüber waren die Westmächte auch mit der österreichischen Regierung einig, die im übrigen zu wichtigen Zugeständnissen bereit war.

### Molotow korrigiert sich

Noch in einer sowjetischen Note vom 9. Dezember 1954 hat Moskau dann in der Österreich-Frage starr an den Berliner Vorschlägen Molotows festgehalten. Eine gewisse Lockerung des sowjetischen Standpunktes wurde dann in der Rede Molotows vom 8. Februar erkennbar.

Der sowjetische Außenminister stellte zwar fest, daß die österreichische Frage nicht außerhalb des Zusammenhanges mit der deutschen Frage behandelt werden könne, gab dieser Feststellung aber den Sinn, daß man beim Abschluß des Staatsvertrages eine Lösung finden müsse, die einen neuen Anschluß an Deutschland unmöglich mache. Das sei „mit der Vereinbarung entsprechender Maßnahmen der vier Mächte zur Deutschland-Frage verbunden“.

Im Falle solcher Vereinbarungen, deren Charakter nicht näher umschrieben wurde, könne man den Abzug der Truppen der vier Mächte aus Österreich durchführen, ohne den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland abzuwarten. In seiner Rede forderte Molotow ferner eine Verpflichtung Österreichs, keine Militärbündnisse abzuschließen und auf seinem Boden keine fremden Militärstützpunkte zu dulden.

Schließlich verlangte er die unverzügliche Einberufung einer Vierer-Konferenz, auf der sowohl die deutsche als auch die

österreichische Frage erörtert werden sollten.

### Der oft berufene Probefall

Ist das nun ein neues sowjetisches Rätsel oder eine neue Chance? Es ist hinsichtlich der sowjetischen Politik leider niemals möglich, auf diese Frage eine sichere Antwort zu geben. Eine Änderung der sowjetischen Haltung in der Frage des österreichischen Staatsvertrages wurde allem Anschein nach von Molotow sichtbar gemacht. Der österreichische Staatsvertrag wird nicht mehr wie bisher von der Lösung der Deutschland-Frage „abhängig“ gemacht, — aber er steht mit ihr in „Zusammenhang“. Das ist sicher nicht dasselbe, aber was ist mit dieser sprachlichen Unterscheidung praktisch gemeint? Ferner, was bedeutet es praktisch, daß Moskau weitere Sicherungen gegen einen Anschluß Österreichs an Deutschland fordert, die doch im Staatsvertrag bereits enthalten sind? Was hat Moskau wirklich im Sinn, wenn es fordert, daß auf einer noch vor der Ratifizierung der Pariser Verträge stattfindenden Viererkonferenz sowohl die österreichische als auch die deutsche Frage erörtert werden soll?

Was heißt das, wenn Moskau wirklich der Meinung sein sollte, daß der Staatsvertrag ganz unabhängig von der Deutschland-Frage verwirklicht werden kann? Nennt Moskau vielleicht Österreich nur, um doch vor allem über die Deutschland-Frage zu verhandeln, — und zwar unter dem Gesichtspunkt der Pariser Verträge? Will Moskau etwa von einem Verzicht auf diese Verträge nun auch noch die Verwirklichung des österreichischen Staatsvertrages abhängig machen?

Wir erinnern uns, daß die Westmächte immer wieder die sowjetische Bereitschaft zur endlichen Verwirklichung des österreichischen Staatsvertrages als Probefall für den sowjetischen Verständigungswillen bezeichnet haben. Deshalb ist es nun ihre Pflicht, die sowjetischen Erklärungen trotz aller gebotenen Skepsis sehr sorgfältig zu prüfen und den in ihnen vielleicht versteckten neuen Möglichkeiten ernsthaft nachzuspüren.



## Die Bonner Koalition bleibt

### Gemeinsame Aussprache vorgesehen

Bonn (DPA). Um die Koalitionskrise, die in Bonn zwischen FDP und CDU wegen des Saarstatus entstanden war, ist es wieder ruhig geworden. Von beiden Parteien wurden Erklärungen abgegeben, daß die Koalition fortgesetzt werden soll. „Klärende Gespräche“ wurden von beiden Seiten als Abschluß der Auseinandersetzung vorgesehen.

Der Hauptausschuß der FDP betonte in einer Entschliebung u. a., er halte „die Fortsetzung der durch eindrucksvolle Erfolge auf allen Lebensgebieten in der großen Gesamtlinie als richtig bestätigten Koalitionsarbeit im deutschen Interesse für erforderlich.“

### Bremen will helfen

Berlin (Eigenmeldung). Bremens Senatspräsident Kaisen, der sich zu einem dreitägigen Freundschaftsbesuch in Berlin aufhielt, hat am Donnerstag bei Besprechungen im Schöneberger Rathaus erklärt, mit der Bezeichnung Berlins als „Brücke zur Sowjetzone“ seien die Aufgaben der Stadt am besten umrissen.

Vor der Presse zeigte sich der

Senatspräsident tief beeindruckt von seiner eineinhalbstündigen Fahrt durch Ostberlin. Das Leben sei dort erstickt. „Unsere armen Landsleute müssen das Martyrium für uns mittragen.“

Kaisen vertrat die Ansicht, daß jeder Besucher Westberlins, vor allem aber auch die westdeutschen Parlamentarier, auch vom Bundestag, „die andere Seite“ besichtigen sollten. „Dort kann man spüren, warum es bei den Auseinandersetzungen zwischen Ost und West geht.“

Abschließend versicherte der Senatspräsident, Bremen werde Berlin im Rahmen seiner Möglichkeiten helfen.

## Grußbotschaft der Bischöfe

Köln (KNA). Im Auftrag der westdeutschen Bischöfe hat der Erzbischof von Köln, Kardinal Frings, eine Grußbotschaft an die Katholiken in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands gerichtet.

„Unser besonderer Gruß gilt jenen jungen Christen, die gelegentlich ihrer Schulentlassung sich tapfer gegen die Zumutung einer materialistischen sogenannten Jugendweihe wehren,

## Gefallenen-Ehrenmal

Berlin (DPA). Im Naturschutzgebiet Berlin-Pichelswerder soll nach den Plänen des „Volksbundes deutsche Kriegsgräberfürsorge“ ein Ehrenmal für die Kriegsgefallenen errichtet werden. In Westberlin gibt es heute noch keine große und würdige Gedenkstätte für die Gefallenen der beiden Weltkriege.

Es ist vorgesehen, die etwa 10 000 auf über 100 verschiedenen Westberliner Friedhöfen bestatteten unbekanntem Soldaten auf der Halbinsel Pichelswerder zusammenzulegen. Das neue Ehrenmal soll auch an die zahllosen Kriegsgefallenen mahnen, die jenseits der Oder- und Neißelinie ihre letzte Ruhestätte gefunden haben.

und die mit ihren Eltern auch die Androhung irdischer Nachteile um des Gewissens willen ertragen.“

### Ständiger Austausch

Bonn (Eigenmeldung). Von zuständiger Stelle ist erklärt worden, die Bundesregierung befinde sich mit den Westmächten in ständigem Gedankenaustausch wegen der Frage der deutschen Wiedervereinigung.

## Ordensschwwestern vertrieben

Berlin (DPA). Aus den katholischen Klöstern in Nieder- und Oberschlesien sind, wie erst jetzt bekannt wurde, im August 1954 alle Ordensschwwestern vertrieben und in den Gebieten von Posen und Krakau unter ungünstigen Lebens- und Arbeitsbedingungen interniert worden.

### Um ein Jahr verschoben

Berlin (DPA). Ein nach Westberlin geflüchteter Angestellter des kommunistisch gelenkten staatlichen Rundfunkkomitees hat am Dienstag bestätigt, daß am 16. Februar das Hauptgebäude der Rundfunkanlage in Ostberlin bis auf die Grundmauern abgebrannt ist. Die Inbetriebnahme des modernen Rundfunkgebäudekomplexes, die für den 1. März vorgesehen war, muß um über ein Jahr verschoben werden.

## Explosion in einer KP-Wohnung

### Hochempfindlicher Sprengstoff in Korbflaschen

Hamburg (DPA). Am Anfang vergangener Woche ereignete sich in einer Hamburger Kellerwohnung eine schwere Sprengstoffexplosion. In der völlig zertrümmerten Kellerwohnung hatte die Polizei den 48jährigen Hafendarbeiter und Wohnungsinhaber Willi R. schwerverletzt aufgefunden. Er starb kurz darauf. Ein zweiter lag zwischen dem zertrümmerten Mobiliar.

Die polizeilichen Ermittlungen ergaben jetzt, daß das Unglück politische Hintergründe hat, die nach Ansicht der Hamburger Staatsanwaltschaft unter Umständen den KPD-Prozeß in Karlsruhe beeinflussen werden. Die beiden Opfer der Explosion, Reinke und Überbrück, waren Mitglieder der KPD. Die Kriminalpolizei fand bei Durchsichtung der Unglücksstelle zwei

Korbflaschen mit hochexplosivem flüssigen Sprengstoff. Sie waren unter dem Fußboden der Kellerwohnung vergraben.

Auf der Suche nach den Hintermännern der beiden Verunglückten hat die Staatsanwaltschaft den 26jährigen Arbeiter Hartenstein festgenommen. Die Frau Reinke befindet sich bereits wegen Verdachts der Beihilfe in Haft.

In der Kellerwohnung wurden außer den Korbflaschen noch acht primitiv verfertigte Sprengstoffkapseln gefunden.

### 100 Millionen Flugblätter

Berlin (DPA). 100 Millionen Flugblätter hat der amerikanische Sender „Radio Freies Europa“ bisher über den Eisernen Vorhang geschickt.



## Dibelius bleibt Vorsitzender

### Synode und Kirchenkonferenz wählten Rat der EKD

Espelkamp (epd/DPA). Die gesamtdeutsche evangelische Synode und Kirchenkonferenz haben am Mittwoch in Espelkamp Bischof D. Dibelius mit 125 von 140 Stimmen zum Vorsitzenden des zwölfköpfigen Rates der evangelischen Kirche in Deutschland wiedergewählt. Zu seinem Stellvertreter wurde Landesbischof D. Lilje (Hannover) mit 114 von 140 Stimmen gewählt. Er wird damit Nachfolger von Landesbischof D. Haug (Stuttgart).

Die Wahl der weiteren Mitglieder des Rates fiel auf folgende Persönlichkeiten: Landesbischof D. Haug, Dr. Heinemann (Essen), Oberkirchenrat Dr. Hertrich (Hamburg), die Präses Dr. Kreyssig (Magdeburg) und Mager (Dresden), Landesbischof D. Mitzenheim (Eisenach), Kirchenpräsident D. Niemöller (Wiesbaden), Moderator Prof. Niesel (Schöller/Rheinland), Oberkirchenrat Riedel (München). Als zwölftes Mitglied gehört dem Rat verfassungsgemäß der Präses der Synode, Prof. von Dietze (Freiburg), an.

### Neuer Präses

Die Tagung hatte bereits zwei Tage zuvor mit der Wahl des neuen Synodalpräses einen Höhepunkt erreicht. Dieses Amt hatte bisher Dr. Heinemann inne.

Nach einem dramatischen Wahllakt wurde der Freiburger Universitätsprofessor Dr. Konstantin von Dietze für die jetzt beginnende sechsjährige Amtsperiode mit 77 von 118 abgegebenen Stimmen zum neuen Präses bestimmt.

Der Wahl waren lebhafteste Meinungsverschiedenheiten über die Neubesetzung des Präsesamtes vorausgegangen, die sich vor allem auf das Gebiet der Politik erstreckten. Der Hamburger Oberkirchenrat Dr. Hertrich und Kirchentagspräsident Dr. v. Thadden-Trieglaff erklärten übereinstimmend, daß die Wahl des Präses und die Zusammensetzung des Rates der EKD über allen persönlichen Erwägungen stehen müssen.

### Offene Aussprache

Es wurde sehr ernst ausgesprochen, daß der Präseswechsel vor allem von der geistlichen und kirchlichen Bewertung des Präsesamtes her verstanden werden müsse. Der Synodalpräses hat eine eminent geistliche Funktion, die in den letzten sechs Jahren offenbar nicht ausreichend zum Tragen gekommen ist, weil immer wieder parti-

politische Schatten, wenn auch sicher ungewollt, auf das wichtige Amt fielen. Hier liegt die eigentliche Wurzel zahlloser Mißverständnisse.

Diese offene Aussprache über die Probleme, hat, wenn sie auch zunächst zu starker Spannung führte, schließlich doch eine Entspannung gebracht. Das wurde am vierten Tage der Synode daran deutlich, daß die Synodalen aller Richtungen sich schneller, als man annehmen konnte, wieder zusammenfanden. Enttäuschung und Verbitterung wichen dem Willen zu neuem gemeinsamen Anfang. Die Wahlen des Rates und seiner Vorsitzenden vollzogen sich unter versöhnlichen Worten und in seltener Einmütigkeit. Die eindeutige Wahlentscheidung um das Präsesamt hatte also auch eine reinigende Wirkung gehabt.

### Für Völkerfrieden

Mit einem von Bischof Dibelius gehaltenen Gottesdienst schloß die gesamtdeutsche evangelische Synode Freitag ihre Tagung. Voraufgegangen war die einstimmige Annahme eines Wortes der Synode an alle Kirchengemeinden in Ost und West, in dem der Fürbitte für Wiedervereinigung und Völkerfrieden

Ausdruck gegeben wurde. Die Synode könne nicht den politischen Weg zur Erreichung dieses Zieles aufzeigen und warne davor, eine politische Meinung als Gottes Wahrheit auszugeben und den Andersdenkenden zu verleumdern.

Zur Frage der Kriegsdienstverweigerung wurde ebenfalls einstimmig beschlossen, der Rat der EKD solle gemeinsam mit einem neu berufenen Ausschuß die gesetzlichen Maßnahmen der Bundesregierung zum Schutz des Kriegsdienstverweigerers aus Gewissensgründen intensiv vorbereiten helfen. Die Synode beauftragte den Rat, bei der Regierung der „DDR“ nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß auch sie dem Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen gesetzlichen Schutz gewährt.

Propst Grüber gab dem Präsidium der Synode sowie dem Rat der EKD von einem Telegramm Nuschkes Kenntnis, ohne daß es zum Gegenstand einer Aussprache im Plenum gemacht wurde. Darin heißt es, die bisherigen Beschlüsse der gesamtdeutschen evangelischen Synode hätten in der DDR „Bestürzung und Befremden“ hervorgerufen.

Unabhängig von dem Telegramm Nuschkes hat der neue Präses der Synode, Professor v. Dietze, in einem Brief an Nuschke den Dank dafür ausgesprochen, daß den Vertretern der mitteldeutschen Gliedkirchen die Teilnahme an der Synode devisentechnisch wesentlich erleichtert wurde. Gleichzeitig kündigte v. Dietze seinen Besuch bei Nuschke für die nächste Zeit an.

## Programm der US-Marine

Washington (AP). Der amerikanische Marineminister Thomas hat dem Wehrausschuß des Repräsentantenhauses das Neubauprogramm der Marine vorgelegt, das für das Jahr 1955/56 Ausgaben in Höhe von 1,317 Milliarden Dollar vorsieht. Geplant ist der Bau von 34 Schiffen und die Modernisierung von 28 Einheiten.

Thomas betonte, die Pläne der Marine sähen unter anderem den Bau von sieben Atom-U-Booten, 13 Raketen Schiffen und fünf 60 000 - t - Flugzeugträgern vor. Diese Superflugzeugträger würden das Rückgrat der Flotte werden, da sie auch durch

Atombomben kaum zu zerstören seien.

### Über 8 Mill. Zwangsarbeiter

New York (AP). Die USA haben den UN zwei Sonderberichte über die Zwangsarbeitslager in China und Albanien überreicht. Sie haben damit einem Ersuchen der Vollversammlung entsprochen.

In dem Bericht über China heißt es, daß dort mindestens 2000 Lager bestünden. Die Zahl der Insassen liege beträchtlich über der von acht Millionen, die vor zwei Jahren von nationalchinesischen Stellen angegeben wurde.



## Spionagering aufgedeckt

Stockholm (DPA). Die schwedische Sicherheitspolizei ist einer Spionageorganisation auf die Spur gekommen. Am Sonnabend schlug die Polizei an mehreren Stellen schlagartig zu: in Stockholm wurden vier Personen unter Verdacht der Spionage für eine auswärtige Macht verhaftet. Zwei Personen wurden in Karlskoga, drei in Göteborg festgenommen. Zwei der Verhafteten haben bereits ein Geständnis abgelegt.

## US-Studenten spenden

New York (DPA). Eine große Spendenaktion haben amerikanische Studenten einer Akademie in Massachusetts für die nach Westberlin geflüchteten Jugendlichen aus der Sowjetzone gestartet.

## Rom ratifiziert Pariser Verträge

Störversuche von links bis zuletzt

Rom (AP). Als zweites Land der Westeuropäischen Union hat nach Großbritannien Italien die Pariser Verträge über die Wiederbewaffnung Deutschlands ratifiziert. Der italienische Senat billigte die Verträge mit 139 gegen 82 Stimmen; die Abgeordnetenkammer hatte sie bereits am 23. Dezember mit 335 gegen 215 Stimmen gutgeheißen.

Gegen die Verträge stimmten im Senat nur die Kommunisten und Linksozialisten, die in der vorausgegangenen zweiwöchigen Debatte jedes Mittel angewendet hatten, um die Annahme der Verträge zu verhindern.

Tumulte und Schlägereien im Senat selbst, Demonstrationen vor dem Parlamentsgebäude und ein zweistündiger Streik der im kommunistischen Gewerkschaftsbund organisierten Angestellten des öffentlichen Dienstes noch am Vormittag des Abstimmungstages konnten jedoch die Annahme nicht verhindern.

Während der Debatte wandten die Kommunisten und Linksozialisten immer wieder eine Verzögerungstaktik an und stellten eine Unzahl von Anträgen, die jedoch ohne Ausnahme abgelehnt wurden.

## Atombomben-Explosion

Las Vegas (AP). Die größte Atomexplosion der diesjährigen

## Sicherheitsgarantie für Europa

Eisenhower: US-Truppen bleiben, solange Gefahr ist

Washington (AP/DPA). Präsident Eisenhower hat in einer Botschaft an die Regierungschefs der sieben Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union versichert, daß die USA mit den europäischen Verbündeten zur Verteidigung Europas weiterhin eng zusammenarbeiten werden. Auch nach der Aufstellung deutscher Truppen werde Amerika seine Streitkräfte aus Europa nicht abziehen. Diese amerikanische Garantieerklärung, die im wesentlichen der Garantie vom April 1954 für die damals geplante EVG entspricht, wurde in London und Bonn mit Befriedigung aufgenommen.

Unter der Voraussetzung, daß die Pariser Verträge ratifiziert werden, übernehmen die USA folgende Verpflichtungen:

1. In Europa einschließlich Deutschland werden amerikanische Truppen in notwendiger und angemessener Stärke unterhalten. Die USA werden ihren Teil zur gemeinsamen Verteidigung beitragen, solange für

das Gebiet des NATO-Paktes eine Gefahr besteht.

2. Jede Aktion, „die die Integrität und die Einheit der Westeuropäischen Union bedroht“, werden die USA als eine Bedrohung der Sicherheit der NATO-Staaten ansehen.

3. Die USA werden weiterhin aktiv in der NATO an Problemen gemeinsamen Interesses mitarbeiten.

Der Westeuropäischen Union, deren Bildung in den Pariser Verträgen beschlossen wurde, gehören die Bundesrepublik, Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, Holland und Luxemburg an.

Bonn (DPA). In Bonner Regierungskreisen besteht Genugtuung über die Garantieerklärung Präsident Eisenhowers. Die USA hätten damit eindeutig ihr Schicksal mit dem Westeuropas verbunden.

## Waffen sind da

Washington (AP). Moderne amerikanische Waffen für die künftige deutsche Armee lagern bereits in der Bundesrepublik, wie von zuständiger Seite in Washington mitgeteilt wurde.

Diese Waffen im Gesamtwert von etwa 700 Millionen Dollar (fast drei Milliarden DM) sollen ausgeliefert werden, sobald nach der Ratifizierung der Pariser Verträge auch die ergänzende deutsche Gesetzgebung vorliegt.

## Verhaftungswelle in Ungarn

Wien (AP). Mit einer Verhaftungswelle und heftiger Kritik des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei an Ministerpräsident Nagy wird in Ungarn der „neue Kurs“ liquidiert, wie aus zuverlässigen Berichten hervorgeht, die in Wien eintrafen. Es scheint, daß sich in Ungarn gegenwärtig dieselbe Entwicklung vollzieht wie beim Sturz Malenkows in Moskau.

Das Zentralkomitee warf dem Ministerpräsidenten, einem alten Kommunisten, der für die Einhaltung des „neuen Kurses“ der Malenkow-Ara nach dem Tode Stalins verantwortlich war, „Abweichungen nach rechts“ vor, der ein gefährliches Absinken der Industrieproduktion verursacht habe. Ferner habe er „Opportunisten und Rechtsdevianten“ begünstigt.



## Die GST schaltet um

Staimer: „Keine Zeit für Luxus-Sport“

Mit der Übernahme der „Gesellschaft für Sport und Technik“ durch den Schwiegersohn Piecks, den ehemaligen Generalinspekteur der kasernierten Volkspolizei, Staimer, hat ein radikaler Umschwung in der Arbeit dieser vormilitärischen Organisation eingesetzt. Alle Sportarten — wenn sie auch der vormilitärischen Ausbildung dienen — werden durch ausgesprochene Truppenausbildung ersetzt. Als erste Maßnahme wurde der Reitsport eingestellt, nachdem man im Rahmen der Warschauer Verhandlungen von Kavallerie-Kontingenten für die KVP abgekommen ist.

Neu ist der Begriff „Kampfsport“, unter den die bisherigen Kategorien „Sportschießen“ und „Hundeführung“ fielen. Der „Kampfsport“ wird erweitert durch eine infanteristische Geländeausbildung, die in monatlichen Wettkämpfen gepflegt.

Der bei der GST bisher beliebteste Sport, das Motorradfahren, wird bis auf ein Minimum eingeschränkt. Dafür kommt eine durchgegliederte Lkw-Ausbildung, deren Kursanten unter Vorzugsbedingungen zur kasernierten Volkspolizei übergehen sollen. Grund: Die KVP wird im Rahmen des polnisch-tschechischen Truppenabkommens weitgehend motorisiert und steht plötzlich vor dem Problem, mehr als 10 000 Mann Kraftfahrpersonal oder Soldaten mit Kraftfahrkenntnissen bereithalten zu müssen.

Beim Segelfliegen sollen planmäßig die bisher stark vertretenen älteren Jahrgänge ausgeschaltet werden. Man will die alten Wehrmachtsflieger unter Umgehung der GST direkt zur KVP-Luft holen und hofft, daß viele ehemalige Flieger, wenn sie keine Möglichkeit zum zivilen Flugsport mehr haben, frei-

willig dem als „Aero-Club“ getarnten Luftwaffen-Stab beitreten werden. Für den „Nachrichtensport“ sollen hauptsächlich Mädchen herangezogen werden, die man später als Heeres-Hilfstruppen einsetzen kann.

## „Riesenergebnis“ von Leipzig

Berlin (Eigenmeldung). Obwohl die Berichte über die Leipziger Messe nicht gerade von einem sehr lebhaften Geschäft und von etwas frostiger Stimmung zu berichten wußten, hat das Ministerium für Außenhandel und innerdeutschen Handel der Sowjetzonenregierung bereits am Schlußtage der Leipziger Messe große Abschlußzahlen bekanntgegeben. Sie sind mit starkem Vorbehalt aufzunehmen.

Auch im vorigen Jahr waren direkt nach Schluß der Messe bedeutende und die Ergebnisse aller anderer Messen in den Schatten stellende Umsatzzahlen bekanntgegeben worden, man hat aber nie davon gehört, welche Geschäfte davon nun wirklich ausgeführt worden sind.

Die neuen Zahlen sind mit um

Die erste Reaktion im GST-Verband ist ein Rückgang der Mitgliedszahlen. Viele FDJler springen ab, weil sie die Gefahr der Rekrutierung erkennen. Staimer weiß das und drängt über den FDJ-Zentralrat auf rücksichtslose Erfassung aller in Frage kommenden Jahrgänge für die GST. Sein Plan: „Die GST muß so straff aufgezogen werden wie der „Dienst für Deutschland!“ Und: „Für Luxus-Sport haben wir jetzt keine Zeit!“

Damit ist die GST in ihr eigentliches Entwicklungsstadium getreten und jeder, der ihr Mitgliedsbuch besitzt, kann sich als von der Armee gemustert betrachten.

so größerem Vorbehalt aufzunehmen, als sich z. B. gerade die Verhandlungen über Investitionsgüter längere Zeit hinzuziehen pflegen. Das Ministerium weiß von einem Umsatz von 132 Mill. Rubel zu berichten. Davon entfallen für die Sowjetzone allein 965 Mill. Rubel auf den Export und davon wieder so ziemlich rund 60 Prozent, nämlich 565 Mill. Rubel auf die Länder des „demokratischen Weltmarktes“. Die Abschlüsse mit dem westlichen Ausland werden mit 301 Mill. Rubel angegeben und die im Interzonenhandel mit 105 Mill. Verrechnungseinheiten.

Dagegen hat die Sowjetzone Einfuhrabschlüsse von nur 417 Mill. Rubel abgeschlossen, wovon nur rund 30 Prozent auf die Länder des „demokratischen Weltmarktes“ entfallen, was auf deren geringe Lieferfähigkeit schließen läßt. Dagegen hat angeblich das westliche Ausland für 186 Mill. Rubel gekauft, während im Interzonenhandel Bezüge von 109 Mill. VE genehmigt wurden. Das entspricht ungefähr genau den sowjetzonalen Lieferungen.

Angeblich seien auf dem Gebiete des Binnenhandels der DDR Abschlüsse über „mehrere Milliarden Ostmark“ zustande gekommen. Auf welchen Gebieten wird dazu nicht gesagt, auch nichts darüber, wie die Sowjetzone die Lieferungen von Milliarden Rubel und Ostmark bewerkstelligen soll.

## 15 000 Landwirte geflohen

Bonn (Eigenmeldung). Rund 400 000 Hektar Land sind in den letzten Jahren von ihren Besitzern und Pächtern in der Sowjetzone verlassen worden. Insgesamt sind 15 000 Landwirte in die Bundesrepublik geflohen.

Die vollständige Wiedereingliederung dieser Bauern in die westdeutsche Landwirtschaft ist schwierig.

## Überprüfungsaktion

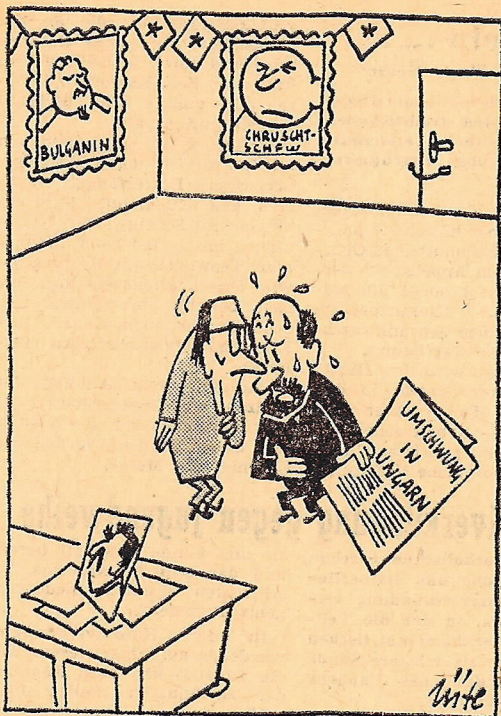
Berlin (DPA). Eine größere Überprüfungsaktion gegen in

der Sowjetzone und Ostberlin zurückgebliebene Angehörige von Flüchtlingen hat nach Mitteilung des Untersuchungsausschusses freiheitlicher Juristen die Hauptverwaltung der Sowjetzonen-Polizei angeordnet.

## Gefährlicher Schnaps

Berlin (AP). Nach Methylalkoholgenuß sind sechs Personen in verschiedenen Orten des Kreises Templin (Uckermark) verstorben.





„Ist mir schlecht, Genosse, ich habe vorm Jahr in Moskau auf Malenkows Wohl getrunken!“

## Zuviel Wodka

Am vorletzten Sonntag waren Zehntausende von Freunden des Eishockey-Sports Zeugen einer seltsamen Sportberichterstattung des Ostberliner Rundfunks bei seiner direkten Übertragung des Weltmeisterschaftskampfes „Wodka gegen Whisky“ (sprich Titelhalter Sowjetunion gegen die kanadische „Rächer“-Mannschaft Penticton).

Es war fürwahr ein „Erlebnis“, denn der linientreue Sprecher, den der Ostrundfunk nach Krefeld geschickt hatte, leistete sich eine Schilderung, die zu einer schrillen Dissonanz wurde. Denn da hageite es Ausdrücke für die Kanadier wie „Hauptrowdies, Rabauken, Raufbold, Indianer auf dem Eis, Amokläufer, Rauhbeine, ungezähmte Mustangs, kaugummikauende Cowboys aus Texas“. Die reinste

Lämmerherde aber und „fair bis zum letzten“ war natürlich die sowjetische Mannschaft. Das erste Tor der Kanadier war nur ein „Zufallstreffer“.

Dann sagte der Sprecher: „Im Feldspiel sind die Kanadier zwei Klassen schlechter als die sowjetische Mannschaft“. Da aber fiel das zweite Tor der Kanadier.

Genau nach dem dritten Tor der Kanadier meldete sich das Ost-Funkhaus „mit Bedauern“ und beendete die Übertragung, weil angeblich die Zeit nicht mehr reichte. Das letzte Spieldrittel wurde über den Deutschlandsender übertragen. Mit ächzender Stimme beendete der Ost-Reporter seine Sendung mit den Worten: „Die Kanadier sind Weltmeister, aber ein unfaire...“

## Grenzenlos?

Die kommunistische Schulung der jungen Generation macht den Machthabern der sogenannten DDR offenbar Sorgen. Man hat deshalb nach Leipzig eine „Konferenz der Lehrer und Pionierleiter“ einberufen. In einem über viele Spalten laufenden Leitartikel der gestrigen Ausgabe des „Neuen Deutschland“ erteilt Walter Ulbricht Tadel wegen der ungenügenden „Pionierarbeit“ und Weisungen „für eine entschiedene Verbesserung“.

Die Pionierorganisation Ernst Thälmann, um deren Aktivität es Herrn Ulbricht geht, hat dafür zu sorgen, daß der heranwachsenden Jugend die kommunistischen Grundsätze nicht nur in der Schule, sondern auch außerhalb der Schule eingeblutet werden. Ihre Aufgabe ist insbesondere, „die Kinder zu grenzenloser Ergebenheit“ zu erziehen, also zu kritiklosem und hemmungslosem Hinnehmen aller Parteibefehle.

Herr Ulbricht gibt viele Ratschläge, wie dieses Ziel durch die „Pionierarbeit“ erreicht werden soll. Aber es genügt, die Grundvorschrift zu kennen; sie lautet: Die Tätigkeit der Pionierorganisation Ernst Thälmann „soll das ganze Leben der Kinder — ihr Lernen, ihr Spiel, ihre Erholung — durchdringen“. Die Schulkinder und Jugendlichen sollen also nicht eine einzige Minute lang verschont sein vom kommunistischen Machtwillen.

## Warum nicht in Berlin?

Die Sowjetzone hat nach einer ADN-Meldung der Bundespost vorgeschlagen, die anlässlich der Leipziger Frühjahrsmesse zwischen Leipzig und Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Nürnberg zusätzlich geschalteten Fernleitungen zur „Verbesserung des innerdeutschen Fernsprechverkehrs“ weiterhin beizubehalten.

Wie wäre es, wenn die Machthaber der Zone diese vernünftige Anregung zunächst einmal in Berlin verwirklichten? Sie haben den totalen Abbau der telefonischen Verbindung zwischen Ost- und Westberlin selbst vorgenommen und allein zu verantworten. Hier geht es nicht um Verbesserung, sondern um Wiederaufnahme des Telefonverkehrs und um die Beseitigung eines völlig verrückten Zustandes.



## Wasser schält Kartoffeln . . . Neuheiten für die Hausfrau auf der Kölner Messe

Im Schatten des Kölner Domes fand die internationale Hausrat- und Eisenwarenmesse 1955 statt, die den traditionellen Reigen der Frühjahrsmessen am Ufer des Rheins einleitete. Drei Tage stellten über elfhundert Firmen ihre Erzeugnisse auf dem großen „Basar der Zivilisation“ aus.

Viel Neues, so vermutet der Laie z. B., kann es auf dem Gebiet der Heizungstechnik bald nicht mehr geben. Ofen ist Ofen, und Herd bleibt Herd. Doch findige Konstrukteure haben sich auch hier etwas Neues einfallen lassen. Daß ein Kohlenherd wie ein Schrank aussieht, ein Ofen wie eine Schallplatten-

maschine mit kombiniertem Wäschetrockner hätten sie praktisch nur ihre schmutzigen Oberhemden in den Apparat zu werfen, den Rest besorgt die Maschine. Für Kleinhaushalte stehen außerdem Schrankwaschmaschinen zur Verfügung.

Die Hausfrau wird ihre Hände auch in Zukunft nicht in den Schoß legen, doch leichter wird ihr die meiste Arbeit schon gemacht. Da bietet sich zum Beispiel eine handliche Kartoffel-

schälmaschine an, die an die Wasserleitung angeschlossen wird und durch Wasserdruck in kürzester Zeit Kartoffeln, Möhren oder andere Knollenfrüchte wäscht und schält.

Weiter fielen Blumenampeln mit Zugvorrichtung, Plastikheberbecher mit Dotterfänger, Aquarien aus Kunststoff, Fahrtenmesser mit Scheinwerfer, Liegestühle mit gefedertem Sitzpolster, Teewagen mit Heizung sowie Frischhalteboxen auf, die sich beliebig oft öffnen und schließen können, ohne ihre Frischhalteeigenschaft zu verlieren.

Erschöpft vom Anblick der Vielzahl von Gegenständen, die ein Bewohner der Zivilisation zum Leben braucht, verließ der Chronist die Messe.

**Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.**

truhe oder ein Kühlschrank wie ein Vertiko, darüber staunt man nun um so mehr.

Die Wasch- und Wringmaschinenindustrie bemüht sich seit langer Zeit, den gefürchteten Waschtag zu erleichtern. Selbst den Herren der Schöpfung müßte das Waschen nunmehr ein Vergnügen sein, denn bei einer elektrischen Wasch-

## Kanzelverkündung gegen Jugendweihe

In allen katholischen Kirchen der Sowjetzone und Ostberlins ist eine Kanzelverkündung verlesen worden, in der die Teilnahme an der kommunistischen Jugendweihe als schwere Sünde und Verleumdung des Glaubens bezeichnet wird.

Eltern, die ihre Kinder der Jugendweihe zuführen, die teilnehmenden Kinder sowie alle, die sich an der Durchführung der Jugendweihe beteiligen, könnten zu den Sakramenten nicht zugelassen werden, „bis

sie ihre Sünde wahrhaft bereut und das schwere Ärgernis des schlechten Beispiels wiedergutmacht haben“.

In der Kanzelverkündung wurde darauf hingewiesen, daß die Jugendweihe nach Angaben der zuständigen Stellen freiwillig sei. „Als Christen, die über 90 Prozent der Bevölkerung ausmachen, beanspruchen wir die volle Glaubens- und Gewissensfreiheit und erheben Einspruch gegen jeden offenen und versteckten Zwang gegen Jugendliche und ihre Eltern.“

## Deutsche Kultur wieder gefragt

„Goethe-Haus“ in New York

Die Entfaltung eines regen kulturellen Lebens ist das Ergebnis der wachsenden amerikanischen-deutschen Freundschaft.

Über die Kulturabteilung der Diplomatischen Mission der Bundesrepublik in Washington haben sich namhafte Amerikaner an die Bundesregierung gewandt und um Unterstützung bei der Einrichtung eines „Schaufensters der deutschen Kultur“ in New York gebeten. Es soll ein „Goethe-Haus“ errichtet werden.

Das wachsende Interesse am deutschen Kulturleben zeigt sich seit einiger Zeit auch sehr stark in den Anfragen von Studenten und Dozenten der Universitäten an die Kulturabteilung in Washington. Häufig wird hier auch der Wunsch nach

Rednern aus und über Deutschland geäußert. In Washington selbst hat vor allem das Auftreten deutscher Künstler, Orchester und Solisten starkes Echo gefunden, wie die Aufforderung an die Berliner Philharmoniker beweist, am 27. März noch einmal in der Bundeshauptstadt aufzutreten.

In 20 Städten der USA gibt es jetzt schon wieder wöchentlich, in New York sogar täglich, deutsche Radiostunden. In San Franzisko wurde die „California freie Presse“ gegründet.

Im Januar 1954 riefen die deutschen Zeitungen in New York zur Gründung einer deutschen Bühne auf. Heute wird am Broadway, im fernen Salt Lake City und in Hollywood deutsches Theater geboten.

## SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 920231. Druck: W. Büxenstein, GmbH.